Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 202. **Halle, Montag den 2. September 1918.** **2. Jahrgang.**

Gegen den Reichskanzler!

jr. Der Reichskanzler Graf Hertling hat am 31. Aug. seinen 75. Geburtstag begangen. Von irgendwelchen Veranstaltungen und Empfängen ist auf Wunsch des Kanzlers abgesehen worden. Gleichwohl hat Graf Hertling die Vertreter des Verbandes katholischer Studentenvereine Deutschlands empfangen und eine Glückwunschadresse entgegengenommen und diese Gelegenheit zu einer für die Oeffentlichkeit bestimmten Ansprache benutzt, die zwar kurz ist, in der er doch genug sagt, um daraus die Lehre zu ziehen, daß wir diesem Kanzler die schärfste Opposition machen müssen. In einigen Zeitungen wird die Rede als eine Antwort an Lord Cecil bezeichnet. Wir möchten sie bezeichnen als eine Aeußerung, die Alldeutschen und Vaterlandsleute bei guter Laune zu halten. Die Wahlrechtsfrage hat die Vaterlandsleute veranlaßt, die Idee eines neuen Burgfriedens in die Oeffentlichkeit zu werfen: Einigkeit unseren Feinden gegenüber und diese Einigkeit durch nichts, am allerwenigsten durch eine Weiterführung der Wahlrechtsfrage beeinträchtigen. Dieses Programm für die innere Politik hatten die Vaterlandsleute dem Reichskanzler nahe gelegt. Die Rede Hertlings an die katholischen Studenten läuft im Grunde auf denselben Gedanken hinaus.

Graf Hertling sprach von den großen und wichtigen Aufgaben, die wir in der Heimat zu erfüllen hätten. Er meinte damit aber nicht etwa die innere Demokratisierung, als deren Grundlage das gleiche Wahlrecht in den Bundesstaaten zu betrachten wäre, sondern er zielte lediglich auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens des ganzen Volkes gegenüber dem äußeren Feinde. Es wird wenig Deutsche geben, die, wie Hertling sagte, „angesichts des an Wahnsinn grenzenden Hasses" unserer Gegner nicht unbedingt von der Notwendigkeit überzeugt sind, nach wie vor alle Kräfte zusammenzunehmen, um die feindlichen Absichten zuschanden zu machen. Ließt sich aber schon diese Partie der Ansprache Hertlings wie eine Antwort an die alldeutsche Sehnsucht nach dem „neuen Burgfrieden", so läßt der Schluß der Ansprache gar keinen Zweifel aufkommen, daß Graf Hertling es nicht mit den Alldeutschen und Vaterlandsleuten verderben will. Lord Cecil hatte in seiner Antwort an Dr. Solf bekanntlich gesagt, daß die Entente so lange nicht mit Deutschland in Friedensunterhandlungen eintreten könne, als es sich nicht von den Alldeutschen gesäubert habe. Graf Hertling antwortete darauf: „In Deutschland regiert bekanntlich Seine Majestät der Kaiser in verfassungsmäßigem Zusammenwirken mit Bundesrat und Reichstag. Für die Beschlüsse des Reichstages ist noch niemals eine einzelne Partei, sei es die alldeutsche oder eine andere, maßgebend gewesen. Ich kenne auch als Kanzler des Deutschen Reiches lediglich deutsche Parteien und eine deutsche Politik. Diese zu vertreten ist meine Pflicht und wird es bleiben."

Bei der Besprechung der Rede Cecils haben wir scharf betont, daß sich Cecil in der Sache von den Kriegsfanatikern Balfour und Lloyd George nicht unterscheidet; die Wendung über die Alldeutschen aber müsse für die leitenden Kreise Deutschlands Veranlassung sein, eine klare und deutliche Absage an den deutschen Jingoismus zu geben. Dr. Solf hat in seiner Rede, auf die Cecil antwortete, gesagt, es gäbe hüben und drüben Jingoisten, daß sie aber bei uns keinen nennenswerten Teil des Volkes ausmachten, und deutlich hörbar war Dr. Solf von den alldeutschen Siegfriedenspolitikern abgerückt. Da hätte man erwarten sollen, daß Graf Hertling die Gelegenheit benutzt hätte, im Sinne Dr. Solfs die alldeutschen Kriegspolitiker nicht nur zu verleugnen, sondern in einwandfreier Weise den Standpunkt des Verständigungsfriedens zu betonen. Statt dessen dieses Bekenntnis zu dem neuen Burgfrieden, daß die Gegner nur als eine Verleugnung Dr. Solfs auffassen können, eine Verleugnung Solfs, wie Hertling seinerzeit auch Kühlmann verleugnet hatte. Wenn in die Friedensgespräche, von denen ein allmählicher Uebergang zu Friedensverhandlungen erhofft wird, vom obersten Leiter der deutschen Politik in dieser Weise hineingefahren wird, dann sind all die von deutscher Seite gefallenen Reden nicht nur zwecklos, sondern sie werden nur weitere Verwirrung anstiften — sie werden bei uns die Alldeutschen stärken und bei den Gegnern nur um so mehr den Gedanken an den Frieden durch den Sieg vertiefen. So hat Graf Hertling durch seine neueste Redeleistung zu seiner zweifelhaften Wahlrechtspolitik einen neuen Beweis für seine schwankende und unklare Kriegspolitik hinzugefügt. Und es ist daher kein Wunder, wenn der Unwille gegen die deutsche Regierung in den Reihen der deutschen Arbeiter sich immer lauter in der Forderung äußert, gegen diese Regierung den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf zu führen. Von einer Einigkeit in der inneren Politik kann dann natürlich nicht gesprochen werden, und sie hat, wenn überhaupt einmal davon die Rede sein konnte, wenigstens angesichts der Wahlrechtsfeindschaft der Alldeutschen schon lange nicht bestanden. In der äußeren Politik braucht die Sozialdemokratie ihre Stellung nicht zu verändern, so lange der Kriegswille der Gegner nicht gebrochen ist. Aber auch die innere Front läuft um so mehr Gefahr, zerrissen zu werden, als die Reichsleitung durch ihre unklare Haltung im Volke nur die immer stärker werdenden Zweifel an ihrer Friedenspolitik vermehrt und so dazu beiträgt, den Frieden hinauszögern. Deshalb müssen wir eine entschiedene Kampfstellung gegen die Regierung Hertling annehmen.

In einem württembergischen Städtchen hat der Abg. Haußmann eine vielbemerkte Rede gehalten, in der er Anklage erhob gegen den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis, daß er „die Politik des Prinzen Max von Baden nicht vertreten, sondern Zweifel in die Haltung Deutschlands gesät und das Mißtrauen gegen uns begünstigt" habe. Prinz Max hatte bei der badischen Verfassungsfeier in ähnlicher Weise wie Dr. Solf die Friedensabsichten des deutschen Volkes und seiner Regierung hervorgehoben und scharf der Völkerversöhnung das Wort geredet. Die beiden fast gleichzeitig gehaltenen Reden Dr. Solfs und des Prinzen Max sind allgemein als ein Beweis für den Geist aufgefaßt worden, der in der deutschen Reichsregierung herrscht. Wenn der Abg. Haußmann seine erwähnte Rede heute, nach der Ansprache Hertlings an die katholischen Studenten gehalten hätte, müßte er seine Anklage nicht nur gegen den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis, sondern auch gegen den heutigen, den Grafen Hertling, richten, denn auch durch die Ausführungen Hertlings „wird Zweifel in die Haltung Deutschlands gesät und das Mißtrauen gegen uns begünstigt." Graf Hertling hat kein Wort von Frieden geredet. Sehr bezeichnend!

Auch der Hauptmann der Vaterlandsfreunde, der Kaisertreuen und wie sie sich sonst noch nennen, der Großadmiral v. Tirpitz, hat in den letzten Tagen von sich hören lassen. In der kriegswütigen klerikalen Kölnischen Volkszeitung hat er das Wort genommen, um die Reden der Solf und Prinz Max abzulehnen, dafür aber eine Rede des preußischen Kriegsministers zu unterstreichen, der sich das große Verdienst erworben habe, „in einer Stunde, wo bei uns wie wohl nie in den letzten Jahren die vergiftende Agitation der Feinde durch Kleingläubigkeit und Verzagtheit mancher Kreise (!!) in Deutschland genährt wird", die richtigen Worte nach innen wie nach außen gefunden zu haben. Des preußischen Kriegsministers Rede mußte natürlich den Beifall der Tirpitzkreise finden, denn sie war in reinem Kriegsgeiste gegen die Feinde gehalten. Und so kam denn Herr von Tirpitz zu dem Schlusse, daß wir nicht mehr vom Frieden reden dürften, weil der Feind keinen Frieden wolle, sondern uns auf eine kraftvolle Bekämpfung seiner militärischen Macht beschränken müßten. Dieses Muster hat der Reichskanzler in seiner Ansprache befolgt. Er hat nichts von Frieden gesagt und nur wie in den Tagen des 4. August von der Notwendigkeit der inneren Einigkeit gegen den kriegsmütigen Feind gesprochen. Gerade als wenn wir nicht schon im fünften Kriegsjahre lebten! Damit kann uns aber nicht gedient sein. So kommen wir nie zum Frieden.

In seinen Preußischen Jahrbüchern schrieb Prof. Delbrück im August: „Mißleiteter Patriotismus ist immer der gefährlichste Feind einer guten nationalen Politik. Daher kann uns niemand Frieden bringen, der nicht zuerst dem Alldeutschtum den Krieg erklärt hat. Man kann nicht von den Engländern verlangen, daß sie an die Aufrichtigkeit unseres Friedenswillens glauben sollen, wenn man zugleich die Alldeutschen hoffen läßt, daß man deren heimlicher Freund und vertrauter Kamerad ist." Diese Sätze gelten schon bisher auf die Politik des Grafen Hertling. Nach seiner Ansprache an die katholischen Studenten aber treffen sie die Hertlingsche Politik doppelt und dreifach. Und auf die zitierten Sätze Delbrücks bezog sich ausdrücklich Lord Cecil in einer zweiten Aeußerung auf Solf, indem er sagte, daß es in Deutschland eine Richtung gäbe, die die Politik der Alldeutschen teile und mit denen die Alliierten daher keinen Waffenstillstand schließen könnten. Ist der Leiter der deutschen Politik der verkappte Freund der Alldeutschen, dann ist er kein Friedenskanzler. Und wenn sich heute offiziöse Federn wieder in Bewegung setzen, um die Ansprache Hertlings zurecht zu kommentieren — Vertrauen können wir, die wir es bisher zu ihm nicht gehabt haben, nun erst recht nicht haben. Wir müssen eine Regierung haben, zu der nicht nur das deutsche Volk, sondern auch unsere Feinde Vertrauen haben können. Die Losung muß deshalb sein: Fort mit diesem Reichskanzler!

*

Die Deutsche Tageszeitung hat dem Reichskanzler zu seinem Geburtstage einen Leitartikel gewidmet, in dem das agrarisch-alldeutsche Blatt zu dem Ergebnisse kommt, Graf Hertling habe eine Politik betrieben, mit der man sich auch vom konservativen Standpunkte aus abfinden und die man von diesem Standpunkte in mancher Beziehung habe billigen und unterstützen können. In ganz ähnlicher Weise stellen die schwerindustriellen Berliner Neuesten Nachrichten fest, daß Graf Hertling schon bei seiner Berufung zum bayrischen Ministerpräsidenten das parlamentarische Regime abgelehnt habe. Ebenso wird der Abschluß des Friedenswerkes von Brest-Litowsk rühmend hervorgehoben. „Vom alldeutschen Standpunkt ist eine solche Anerkennung", sagt das Berliner Tageblatt, „durchaus begreiflich; auch spricht dabei wohl der Wunsch mit, die Hertlingsche Regierung in der angedeuteten Richtung weiter zu drängen. Wir verkennen die großen Schwierigkeiten, unter denen Graf Hertling zu arbeiten hat, keinen Augenblick und haben für seine Persönlichkeit und sein taktisches Geschick volles Verständnis. Aber im Gegensatz zu seinen alldeutschen Lobrednern müssen wir es aussprechen, daß die im November vorigen Jahres vom Grafen Hertling akzeptierten Wechsel bisher nur zum kleinsten Teil eingelöst worden sind."

Wir sind der Meinung, daß von diesen Wechseln noch gar nichts eingelöst ist.

*

Die Politik des Reichskanzlers.

München, 2. Sept. Eine auffallende Feststellung zur Politik des Reichskanzlers macht das bayrische Zentrumsblatt der Bayrische Kurier in seinem Glückwunschartikel zum Geburtstage Hertlings: „Möge die Geschichte einmal den Grafen Hertling als den großen Friedenskanzler in den Büchern führen, ihn, auf den das Friedensangebot des 12. Dezember 1916 nicht zum wenigsten zurückzuführen ist."

„Wie tief diese Information über die Angelegenheit des Friedensangebots greift," sagt der Lokalanzeiger hierzu, „entzieht sich unseren Kenntnissen. Jedenfalls ist eine Mitwirkung Hertlings beim Friedensangebot bis jetzt unbekannt gewesen und dürfte zur Beurteilung der bisherigen ungünstigen Politik des Reichskanzlers von hoher Bedeutung sein."

Als Kanzler hat sich Graf Hertling jedenfalls nicht im Sinne dieser Friedenskundgebung betätigt.

Neue Attentate in Rußland.

Lenin schwer verwundet — Urizky ermordet.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur meldet unterm 31. August:

Heute nacht erhielten wir die telegraphische Mitteilung von einer neuen Verzweiflungstat der Bourgeoisie und ihrer Anhänger. Beim Verlassen einer Arbeiter-Versammlung der Fabrik von Michelson wurde der Führer des russischen Proletariats, Genosse Lenin, durch zwei heimtückisch abgefeuerte Schüsse hinterrücks getroffen und verwundet. Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten der nördlichen Arbeitskommune, Genosse Urizky, wurde ermordet. In Moskauer Arbeiter- und Soldatenkreisen herrscht ungeheure Erregung.

Zu dem Attentat auf Lenin wird nachträglich mitgeteilt, daß kein edles Organ verletzt ist. Der Patient fühlt sich wohl und ist heiterer Stimmung. Die Attentäter sind verhaftet.

Moskau, 31. August. Nach einer heutigen Meldung der Prawda wurde gestern abend neun Uhr gegen Lenin ein Attentat verübt. Er hatte in einer Arbeiterversammlung der Michelsonschen Fabrik in dem jenseits der Moskwa gelegenen Stadtviertel gesprochen. Als er die Versammlung verließ, wurde er von zwei Frauen aufgehalten, die ihn in ein Gespräch über das letzte Dekret bezüglich der Lebensmittelein fuhr nach Moskau verwickelten. Während dieses Gespräches fielen drei Schüsse, durch die Lenin am Arm und im Rücken verletzt wurde. Die Schüsse wurden von einem den intelligenten Kreisen angehörenden jungen Mädchen abgegeben. Das Mädchen wurde festgenommen. Der Zustand Lenins, der in den Kreml gebracht wurde, verursacht nach Meinung der Aerzte keine Befürchtungen. Nach einem abends 11 Uhr ausgegebenen Bulletin hat er zwei Schußwunden erhalten. Eine Kugel drang glatt unter der linken Schulter in die Brusthöhle ein und verletzte den oberen Teil der Lunge, indem sie einen Bluterguß in die Pleura hervorrief. Die Kugel blieb im Hause über dem rechten Schlüsselbein stecken. Die zweite Kugel drang in die linke Schulter, zerschmetterte den Knochen und blieb unter der Haut der linken Schulter stecken. Sie rief innere Blutungen hervor. Der Kranke befindet sich bei vollem Bewußtsein. Zur Behandlung wurden die besten Chirurgen herangezogen.

Die Prawda veröffentlicht einen von Swerloff unterzeichneten Aufruf an die Arbeiter, in dem sie aufgefordert werden, sich ruhig zu verhalten, und worin es heißt:

Wir zweifeln nicht daran, daß die Spuren des Mordanschlags auf die rechten Sozialrevolutionäre sowie auf Mitglieder der Engländer und Franzosen führen werden. Auf die Anschläge gegen ihre Führer wird die Arbeiterklasse mit schonungslosem Massenterror gegen alle Teile antworten.

Nach einer Bekanntmachung des stellvertretenden Chefs der außerordentlichen Kommission Petersburgs ergriff die Kommission sofort nach dem Attentat auf Lenin alle Maßnahmen zur Feststellung der Schuldigen. Das erste Verhör soll ergeben haben, daß die Attentäterin eine Sozialrevolutionärin ist. Die Kommission besitzt angeblich Material, welches auf einen Zusammenhang des Attentats mit den bolschewikifeindlichen Alliierten in Samara hinweist.

Moskau, 1. September. Das Befinden Lenins ist bedeutend besser. Jede Gefahr für sein Leben ist ausgeschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180902-14/fragment/page=0001

Die Antwort des Massenterror.

Moskau, 1. September. Der stellvertretende Chef der Außerordentlichen Kommission Peters gibt folgendes bekannt:

Das verbrecherische Abenteuer unserer Feinde nötigt uns, mit dem Massenterror zu antworten. Wer mit der Waffe in der Hand ohne Erlaubnisschein ergriffen wird, wird sofort erschossen. Wer gegen die Rätegewalt agitiert, wird verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht. Alle Vertreter des räuberischen Kapitals und alle Spekulanten werden zu öffentlichen Zwangsarbeiten herangezogen, ihr Eigentum konfisziert werden.

Ueber die Attentäterin an dem Mordversuch gegen Lenin meldet die Außerordentliche Kommission, daß sie sich weigert, ihre Mitschuldigen anzugeben und zu sagen, woher sie das bei ihr gefundene Geld erhalten habe. Sie sei 1917 anläßlich einer Explosion in Kiew als Anarchistin zu Zwangsarbeit verurteilt worden und habe sich im Gefängnis den Rechten Sozialrevolutionären angeschlossen. Sie sei kürzlich aus der Krim in Moskau eingetroffen. Nach weiteren Zeugenaussagen war an dem Anschlag eine ganze Gruppe von Personen beteiligt. Zuerst vertrat Lenin ein Gymnasiast von 16 Jahren, der ihm einen Zettel reichte, den Weg. Dann näherten sich ihm die beiden Frauen. Die Täterin floh auf die Straße und wurde erst dort festgenommen und dann ins Kriegskommissariat gebracht. Man fand bei ihr vergiftete Zigaretten. Laut Mir ist der Name der Täterin Kaplan.

Nach Mitteilung der Prawda vom heutigen Tage findet am 2. September eine Sitzung sämtlicher Rayon-Räte statt, um Maßnahmen zur Unterdrückung der Versuche der Gegenrevolutionäre und zum Schutz der Rätegewalt zu beraten. Am 3. September behandelt das Plenum des Moskauer Rates zusammen mit den Rayon-Räten und den Arbeiterorganisationen dieselbe Frage.

*

Attentat reiht sich in Rußland — dem vom zaristischen Despotismus befreiten Rußland — an Attentat. Die neuen Attentate auf die Führer der Räterepublik zeigen, daß das Attentat auf den deutschen Gesandten Mirbach und ebenso das auf den Generalfeldmarschall v. Eichhorn in erster Linie gegen die Bolschewiki gerichtet war. Die Attentäter waren in allen Fällen Sozialrevolutionäre. Der Gegensatz zwischen den Sozialrevolutionären und den Bolschewiki liegt aber nicht in den parteipolitischen Bestrebungen, denn beide Richtungen sind Sozialisten, sondern sie sind in den Gegensätzen der Kriegspolitik begründet. Nur widerwillig haben die Bolschewisten den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen. Die Sozialrevolutionäre sind gegen diesen Gewaltfrieden. Sie haben sich deshalb nicht nur mit den inneren Feinden, den Kadetten, den schwarzen Hundert usw., sondern auch mit den Agenten der Entente verbunden, um das Land von dem Hauptfeinde, als den sie die Deutschen ansehen, zu befreien. In diesem Bestreben haben sie natürlich die tatkräftige Unterstützung der Entente. So nimmt der Bürgerkrieg von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die Räteregierung hat bereits auf die neuesten Attentate den Massenterror angekündigt. Werden sich die Bolschewiki in diesem Ringen behaupten können? Augenblicklich hat die Sowjetmacht zweifellos eine wesentliche Stärkung erfahren durch die von einem großen Teile der Sozialrevolutionäre unter dem Namen Narodniki Kommunisti (kommunistische Volksparteiler) gegründete Partei, die zwar gegen den Frieden von Brest-Litowsk ist, aber doch mit den Bolschewiki für die Wiederherstellung der Ordnung und die Festigung der Räterepublik arbeiten will. So lange aber noch ein wesentlicher Teil der Sozialrevolutionäre an der terroristischen Gewaltpolitik festhält, wird auch die Räterepublik nur durch Gewalt ihre Macht aufrecht erhalten können. Wenn es, wie wir hoffen, den Führer der Bolschewiki gelingt, sich in der Macht zu behaupten, so werden doch, wie Lenin kürzlich sagte, nicht nur Monate, sondern Jahre vergehen, ehe es ihnen gelingt, einigermaßen Ordnung in das Chaos zu bringen.

Die gegenrevolutionäre Verschwörung.

Moskau, 31. August. Die heutige Prawda meldet: Zwischen dem 24. und 26. August hat die außerordentliche Kommission über 100 Teilnehmer an einer gegenrevolutionären Verschwörung verhaftet. Es wurde eine Menge von Dokumenten und Korrespondenzen vorgefunden. Aus dem Untersuchungsmaterial geht hervor, daß die weißen Gardisten von den mit falschen Pässen umherreisenden Agenten der anglo-französischen Regierung große Summen erhalten.

Auch die Angelegenheit der Expropriation der 5 Millionen Rubel in der Zentral-Konsum-Genossenschaft beginnt sich aufzuklären. Sie war das Werk der weißen Gardisten und rechten Sozialrevolutionäre, wie aus den Dokumenten und den Verhören hervorgeht. Dieselben Kreise bereiten auch eine Expropriation im Zentral-Kollegium für Kriegsgefangene und Flüchtlinge vor, wobei beabsichtigt war, die Wache umzubringen und 3 Millionen Rubel zu rauben. Die nächste Absicht der Verschwörer war Verschärfung der Verpflegungskrisis in Petersburg und Moskau durch Schädigung des Eisenbahnverkehrs durch Brückensprengungen, Zerstörung von Zügen mit Lebensmitteln und militärischen Ladungen. Durch Erschwerung der inneren Lage sollte die Stellung der Rätetruppen an der tschecho-slowakischen und der Nord-Front geschwächt werden. Es wurde festgestellt, daß die Verschwörer gute Verbindung mit anderen Städten sowie mit Räteinstitutionen hatten. In einem aufgefundenen Befehl heißt es, man müsse sich zu baldigem Aufstand in Moskau vorbereiten. Die weißen Regimenter bestanden fast ausschließlich aus Offizieren. Zivilisten dienten nur als Hilfspersonen, z. B. Gymnasiasten als Aufklärer oder Wachposten. An Mitteln fehlte es nicht.

Der Vorsitzende der außerordentlichen Kommission Basentschinski reiste gestern nach Petersburg anläßlich der Ermordung des Vorsitzenden der dortigen außerordentlichen Kommission Uritzki ab.

Entente-Agenten hetzen zur Gegenrevolution.

tu. **Stockholm, 2. September.** In Petersburg wurden fünf gefährliche Agenten aus Petrikawodska verhaftet. Sie waren als Frauen verkleidet und hatten eine Menge Aufrufe und Aufforderungen zum Kampf gegen die Bolschewisten. Man fand bei ihnen zusammen 6 000 000 Rubel.

Die Verhaftung einer großen Anzahl von Entente-Agenten in Petersburg förderte eine Reihe höchst interessanter Schriftstücke über die Pläne der Entente in Rußland zutage. Danach wollten die Entente-Agenten bereits Mitte August in Petersburg Hungerkrawalle und Unordnung hervorrufen, um diese gegebenen Pläne zu Umwälzungen auszunützen. Gleichzeitig sollten die verbündeten Murman-Armeen in der Richtung auf Petersburg vorrücken. Die Besetzung von Petrikawodska sollte das Signal zum Losschlagen sein. Petersburg sollte sich als unabhängig von der Moskauer Sowjetmacht und die Hauptstadt des reorganisierten Rußlands erklären. Eine bereits gedruckt vorgefundene Proklamation der neuen Regierung, an deren Spitze Kerenski stehen sollte, besagt, daß Rußland wiederum seine Bundespflichten erfüllen und den Brester Vertrag aufhebe.

General Romanowski ermordet.

tu. **Stockholm, 1. September.** Der frühere Generalquartiermeister Romanowski, Mitglied des russischen Kriegsrates, wurde auf seinem Gute, wo er sich bisher verborgen gehalten hatte, ermordet.

Der Krieg im Westen.

Deutscher Heeresbericht vom 1. Sept.

wtb. **Großes Hauptquartier, den 1. Sept. 1918.** (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Zwischen Ypern und La Bassee verkürzten wir unsere Front durch Aufgabe des auf Hazebrouck vorspringenden Bogens. Wir überließen dabei den Kemmel dem Feinde. Die vor einigen Tagen durchgeführten Bewegungen blieben ihm verborgen. Gestern stieß der Engländer mit stärkeren Kräften gegen unsere alten Linien vor. Unsere im Vorgelände der neuen Stellungen belassenen gemischten Abteilungen stehen mit ihm in Gefechtsfühlung. Der Feind hat den Kemmel besetzt und ist über Bailleul—Neuf Berquin und über die Lawe gefolgt.

An der Straße Arras—Cambrai brachen englische Infanterieangriffe vor unseren Linien zusammen. Starke bis zum Abend mehrfach wiederholte Angriffe des Feindes zwischen Hendecourt und Vaulx-Vraucourt scheiterten. In wechselvollen Kämpfen blieben Bullecourt und Ecoust in Feindeshand. Zwischen Morval und Peronne griffen englische und australische Divisionen nach heftigem Feuer an. Bei Morval und südwestlich von Bancourt wurden sie abgewiesen. Bouchavesnes wurde durch Gegenangriff gehalten. Weiter südlich verläuft unsere Linie nach Abschluß der Kämpfe an der Straße Bouchavesnes—Peronne. Uebergangsversuche des Feindes über die Somme bei Brie und St. Christ wurden vereitelt.

Starke Angriffe der Franzosen zwischen Somme und Oise, gegen die Kanalstellung und den Höhenblock nordöstlich von Noyon. Französische Divisionen, die am Abend beiderseits von Nesle vorstießen, blieben im Feuer vor unseren Linien liegen. Bei Roux wurde der Feind im Gegenstoß zurückgeworfen. Gegen Mittag zwischen Beaulieu und Morlincourt einheitlich geführte Angriffe brachen unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Am Abend erneut angesetzter Angriff zersplitterte sich in Einzelvorstöße, die überall abgewiesen wurden. Stärkere feindliche Kräfte, die nördlich von Varesnes und über die Oise bei Bretigny vorstießen, wurden zurückgeworfen.

Zwischen Oise und Aisne hat gestern abend nach stärkstem Artilleriefeuer die Infanterieschlacht von neuem begonnen. Dicht südlich der Oise kamen Angriffe des Feindes in Artillerie- und Maschinengewehrfeuer nicht vorwärts. Beiderseits von Champs stieß der Feind mit starken Kräften aus der Ailette-Niederung vor. Durch Gegenangriff wurde die alte Lage wiederhergestellt. Zwischen Ailette und Aisne gingen den Angriffen Teilvorstöße des Gegners voraus. Hierbei setzte Vizefeldwebel Haas der Maschinengewehrkompagnie Ersatz-Regiments Nr. 29 vier feindliche Panzerwagen außer Gefecht und nahm ihre Besatzung gefangen. Am Abend brach der Feind mit starken Kräften zu einheitlichem Angriff vor. Bei und südlich von Crecy au Mont schlugen wir den Feind teilweise im Gegenstoß zurück. Oestlich von Juvigny stieß er bis Terny—Sorny vor. Dort brachten ihn örtliche Reserven zum Stehen. Südlich anschließend bis zur Aisne sind die mehrfach wiederholten Angriffe des Feindes vor unseren Linien gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

*

wtb. **Berlin, 1. Sept. 1918.** (Amtlich.)

Kampf zwischen Scarpe und Somme. Englische Angriffe sind hier im Großen gescheitert; an einzelnen Stellen drückten sie unsere Linien zeitlich zurück.

Zwischen Oise und Aisne wurden Teilangriffe der Franzosen abgewiesen.

*

Berlin, 31. August. Die planmäßige Rückverlegung unserer Front beiderseits von Bapaume war seit längerer Zeit gründlichst vorbereitet. Während unsere Truppen zwischen Longueval über Bapaume und Croisilles hinauf bis zur Scarpe den Großangriffen des Gegners seit dem 21. einen eisernen Wall entgegensetzten, so daß es ihm nicht gelang, unsere Linien auch nur an irgendeinem Punkte zu durchbrechen, wurde im alten Sommegebiet alles durchgeführt, um unsere Hauptkampflinie zurückverlegen zu können. Die Loslösung vom Feinde, die Aufgabe von Bapaume und Croisilles ist befehlsgemäß und ohne Einbuße an Gefangenen und irgendwelchem Material vor sich gegangen. Noch am 29. August vormittags wurde Bapaume vom Feinde, der die Räumung nicht bemerkt hatte, beschossen. Schon seit vielen Tagen wurden die Depots in aller Stille nach rückwärts verlegt, um dem Feinde in dem schon verwüsteten Sommegebiet nichts zu überlassen, was ihm in seiner Kriegführung von Nutzen sein könnte. Wir geben einen Geländestreifen auf, welcher für die Sommerzeit trotz der Verwüstungen während der früheren Sommekämpfe durch neuangelegte Eisenbahnschienen, durch Umladebahnen, durch die Anlage von großen Magazinen, Munitionsdepots, Artilleriewerkstätten, Wagenparks, Wasser- und Elektrizitätswerken, durch rastlose Mühe und eisernen Fleiß in ein Operationsgebiet verwandelt worden war, in welchem unsere Truppen den Sommer über fechten konnten. Seit Tagen ist mit dem Abbau aller dieser Anlagen begonnen worden. Der Feind wird für die Winterszeit einen vollkommen verlassenen, verwüsteteten Landstrich vorfinden, in dem er sich einrichten muß. Eine Hauptrolle in diesem verwüsteteten Gelände spielte die äußerst schwierige Wasserversorgung. Aus den großen von uns angelegten Wasser- und Pumpwerken bei Bapaume, Croisilles, Mory, Favreuil, Sapignies, Ervillers, Crevillers usw. sind die Lokomobilen zurückgeschafft worden. Die Schluchtbrunnen wurden gesprengt. Auch die elektrischen Maschinen und Motore aus den Elektrizitätswerken, welche die Truppe bis zu 6—8 Kilometer vor der Front mit Licht versorgten, sind zurückgeführt und weiter rückwärts eingebaut worden. Seit 14 Tagen sind ferner die umfangreichen Munitionsdepots und das Material der Ausladebahnhöfe zurückverlegt worden. So sind z. B. die Depots in Lebucquiere, Frenicourt, Courcelette usw. entleert. Die Benzinvorräte sind ausgetankt, und der wertvolle Inhalt ist nach rückwärts überführt worden. Die wohlgefüllten Verpflegungsmagazine, wie Becquigny und andere, sind geräumt, alle Lazarette abtransportiert, die Baracken abgebaut. Die Dörfer Bapaume und Croisilles, welche in den letzten Tagen unter schwerstem feindlichen Feuer lagen, bestehen nur noch aus Schutthaufen, in denen der Feind kaum mehr Deckung findet. Heute liegen diese Ort im Bereich unserer schweren Artillerie. Die Aufgabe des zerschossenen durchwühlten vorderen Kampfgeländes, welches in seiner größten Tiefe nur 5 Kilometer beträgt, stellt für uns eine gradlinige Front her und zwingt daher den Gegner, falls er beabsichtigt, weiter anzugreifen, seine Angriffe frontal zu führen. Neben einer Kräfteersparung an Truppen durch diese Frontverkürzung, liegen unsere rückwärtigen Stellungen nunmehr in einem für die Unterbringung der Truppe — vor allem in anbetracht des kommenden Winters — günstigeren Gelände. Vergeblich fragt man sich, womit der Engländer seine unendlich schweren Blutopfer rechtfertigen will. Der blutgetränkte Boden eines schmalen, vollkommen verwüsteteten Geländestrichs, in dem auch nicht mehr ein Stein auf dem anderen geblieben, ist sein einziger und ein noch dazu aus freien Stücken ihm überlassener Gewinn.

Berlin, 31. August. Bei den Großkämpfen der letzten acht Tage sind vor der Armee Otto von Below immer wieder große Tankmassen von den Engländern verwandt worden. Nach bisherigen Meldungen der einzelnen Korps sind in dem Zeitraum vom 21. bis 28. August allein hier nicht weniger wie 253 Tanks einwandfrei zusammengeschossen. Den Löwenanteil hat das südlich der Scarpe kämpfende Korps mit 131 Tanks, die beiden anderen melden 70 und 52 Tanks, in der Hauptsache wurden sie von unserer Artillerie, viele aber auch durch die Hilfswaffen der Infanterie erledigt.

Beruhigende Erklärungen des spanischen Außenministers.

tu. **Genf, 31. August.** Wie aus Madrid gemeldet wird, richtete der spanische Minister des Aeußeren an die Pressevertreter die Aufforderung, die öffentliche Meinung zu beruhigen, da alle Schwierigkeiten, die durch die deutsch-spanische Frage entstehen könnten, wie bisher beigelegt würden.

Die englischen Parlamentswahlen in Frage gestellt.

tu. **Genf, 31. August.** Nach dem Populaire soll es in den letzten Tagen wieder fraglich geworden sein, ob die englischen Parlamentswahlen stattfinden werden. Lloyd George, der anfänglich von den Wahlen einen großen Erfolg der Chauvinisten erhoffte, habe ebenso wie die Konservativen eine Abnahme in der Kriegsbegeisterung unter der Bevölkerung bemerkt. Anderseits hegen die Liberalen die Befürchtung, daß es bei den Wahlen zu Fälschungen kommen werde. Allgemein herrsche in England die Meinung vor, daß die Wahlen zu einem großen Erfolg der Labour Party und der Sinnfeiner führten dürfte. Lloyd George fängt also an, nachdenklich zu werden!!

Ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Litauen und der Ukraine.

Bern, 31. August. (Fr. Ztg.) Von litauischer Seite wird dem Berner Tagblatt geschrieben: In diesen Tagen fand in Brest-Litowsk eine Zusammenkunft der Abgeordneten der Taryba und der Ukraine statt, welche den Plan eines engen Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Litauen und der Ukraine ausarbeiten. Das Bündnis wird in erster Linie gegen den polnischen Imperialismus gerichtet sein, der gegen Cholm und Ostgalizien eine unversöhnliche Haltung einnimmt und sich auf Kosten Litauens ausdehnen will. Die beiden verbündeten Staaten werden so einen Damm bilden, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere reicht, und nötigenfalls werden sie aus ihrer Bevölkerung von 60 Millionen 6 Millionen Soldaten unter die Waffen stellen können. Die ersten Anzeichen neuer kriegerischer Konflikte zwischen den neuen Staaten des alten Rußlands!

Eröffnung der Nationalversammlung des Dongebiets.

tu. **Berlin, 1. Sept.** In Nowo-Tscherkassk ist am 28. 8. die Nationalversammlung des Dongebiets eröffnet worden, zu der über 300 Abgeordnete eingetroffen sind. Zum Vorsitzenden der Nationalversammlung wurde fast einstimmig das frühere Mitglied der Reichsduma Charlamow gewählt.

Bedeutende Bewegung innerhalb der norwegischen Arbeiterverbände.

Kopenhagen, 1. Sept. (Fr. Ztg.) Aus Christiania wird gemeldet: Norwegens größte Organisation Norsk Arbeidervorband nahm auf einer Versammlung in Christiania mit 105 gegen 70 Stimmen den Vorschlag zur Umorganisierung in syndikalistischer Richtung an. Der Beschluß wird weitreichende Folgen innerhalb der Arbeiterbewegung haben.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Nachwahl in Berlin I.

In diesen Tagen werden die Fortschrittler darüber zu entscheiden haben, wen sie als Nachfolger für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf als Vertreter des Kreises präsentieren wollen. Eine Einigkeit ist offenbar sehr schwer herzustellen, sind doch im Laufe der letzten Monate eine ganze Menge Namen genannt worden, deren Träger als ganz besonders geeignet bezeichnet wurden, die Nachfolge Kaempfs zu übernehmen. Das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung treten nun mit aller Energie für eine Kandidatur des früheren Staatssekretärs Dernburg ein, und die Vossische Zeitung läßt durchblicken, daß gegen eine Kandidatur eigentlich nur eingewendet wird, daß er sich zu sehr für den Kleinwohnungsbau ins Zeug gelegt und dadurch die Hausbesitzer verletzt habe. Es ist allerdings bezeichnend, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten solche Momente eine Rolle spielen können. Aber schließlich ist das beim Berliner Kommunalfreisinn durchaus nichts neues.

Der Wahltermin ist auf dem 16. Oktober angesetzt worden.

Landesverratsprozeß.

Der Lackierermeister Hartmann in Köln wurde vom dortigen Kriegsgericht wegen Landesverrats zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Vergehen wurde darin gefunden, daß er den Leiter des Reklamationsbureaus einer Firma veranlassen wollte, Personen zu reklamieren, lediglich um sie dem Heeresdienst zu entziehen.

Rumänien.

Zwangsverpachtung der großen Güter.

Bukarest, 30. August. Ackerbauminister Caroflid brachte in der Kammer eine Gesetzvorlage für die Zwangsverpachtung der Güter der Großgrundbesitzer an die Bauern ein. Die Begründung des Gesetzentwurfs besagt: Um die ungeheuer gesteigerten finanziellen Bedürfnisse des Staates befriedigen zu können, muß die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden, was nur durch Aufhebung der beiden unrentablen Produktionsformen, der Latifundienwirtschaft und der Parzellenwirtschaft, erreichbar ist. Da aber die Regelung der Verteilung des Bodenbesitzes große Schwierigkeiten in der praktischen Ausführung bietet, so kann eine Lösung nur in einem Zeitraum von mindestens fünf bis sechs Jahren erfolgen. Auch die Ausgabe von wenigstens einer Milliarde Pfandbriefe kann ohne tiefgehende finanzielle Störung nicht in kürzerer Zeit erfolgen. Die Zwangsverpachtung eines Teils des Grundbesitzes stellt eine Uebergangsform dar, welche den Bauern den für den Anbau nötigen Boden sofort zur Verfügung stellt und der Regierung genügend Zeit gibt, alle Seiten des Agrarproblems zu studieren. Der Gesetzentwurf enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Alle Besitzer von Gütern sind verpflichtet, innerhalb dreier Monate nach Verlautbarung des vorliegenden Gesetzes einen Teil des anbaubaren Bodens zur Verfügung zu stellen. Von den Gütern von 100 bis 250 Hektar werden bis 10 Proz., von 250 bis 500 Hektar bis 20 Proz., von 500 bis 1000 Hektar bis 30 Proz. und aufsteigend bei Latifundien über 30 000 Hektar bis 95 Proz. des anbaubaren Bodens für die Zwangsverpachtung bestimmt. Obstgärten, Gemüsegärten, Weingärten, Wälder, Ueberschwemmungsgebiete, Sümpfe und Teiche, der Platz für Höfe und Gebäude und unproduktive Orte werden in die Anbaufläche nicht eingerechnet. Als anbaubaren Boden versteht man den als Ackerfeld, Wiese und Weide verwendeten nicht überschwemmbaren Boden. Von den Gütern des Staates, der Distrikte, der Gemeinden, der Ruralkasse, der Wohltätigkeitsanstalten, der Schulkasse, der Gesellschaften und Stiftungen ist der gesamte anbaubare Boden der Zwangsverpachtung unterworfen. Die Verpachtung erfolgt an bäuerliche Genossenschaften und nur ausnahmsweise an Einzelpersonen. Die Zeitdauer der Pachtung beträgt höchstens fünf Jahre. Wenn bis dahin die Bodenverteilung noch nicht geregelt oder die Agrarbank den der Zwangsverpachtung unterworfenen Güterteil nicht gekauft hat, so wird die Verpachtung für den neuen Zeitraum unter gleichen Bedingungen verlängert. Die Ausführung des Gesetzes erfolgt durch einen obersten Ackerbaurat als höchste Instanz und durch die Landwirtschaftsausschüsse in jedem Distrikt und Bezirk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180902-14/fragment/page=0002

Halle und Saalkreis.

Halle, 2. September 1918.

Das Gegenteil von Bescheidenheit.

Es gibt Redakteure, die ihren journalistischen Ruhm darin erblicken, sich recht eifrig in persönlichen Antempelungen zu üben. Daß diese Sorte Journalisten auch riesig von sich eingenommen ist, versteht sich von selbst. Je besser sich einer selbst beurteilen kann, um so weniger wird er andere persönlich herunterreißen. Seit der gegenwärtige Lokalredakteur des Volksblatts sich wieder journalistisch betätigen kann, vergeht fast kein Tag, wo er nicht irgendwelche persönliche Antempelung verübt. Einmal nennt er Scheidemann einen Hanswurst, dann herzig einen Mann ohne Ehre und Gewissen, dann Thiele einen Mann ohne Moral, Drescher einen Heuchler und so fort. Nur sich selbst scheint er außerordentlich hoch einzuschätzen. Das zeigt er recht deutlich in seiner neuesten Antempelung, die er sich in der Freitagnummer des Volksblatts gegen unsere Volksstimme leistet.

Wir hatten berichtet, daß Herzig mit seiner Widerklage abgewiesen worden sei. Weiter hatten wir auf die widerspruchsvolle Haltung der Volksblattredaktion hingewiesen, die einmal große Siegesgeschrei anstimmte und von „Gerechtigkeit" faselt, wenn in dem schwebenden Rechtsstreit für unsere Gegner ein Erfolg herausspringt, die dann aber wieder uns Vorwürfe macht, daß wir die „bürgerliche Rechtsprechung" überhaupt benützen. Auf eine kleine Ungenauigkeit kommts dabei der Volksblattredaktion nicht an. Nicht wir sind Kläger, sondern sie. Aber das nur nebenbei.

Unser Bericht gibt dem Volksblattredakteur Anlaß, wieder eine neue Stinkbombe gegen uns zu schleudern. Zunächst sucht er uns lächerlich zu machen, weil wir geschrieben hatten, daß diese Widerklage nur formale Bedeutung habe. Dann sei es unverständlich, daß wir sie im beschleunigten Verfahren hätten erledigen lassen. Der Herr beschuldigt uns also der Unwahrhaftigkeit. Um das begründen zu können, mußte er einen wichtigen Satz unseres Berichtes unbeachtet lassen, oder unterschlagen. Die bekannte Manier „wahrheitsliebender" Polemik. Es wird der Satz unterschlagen: „Aus prozessualen Gründen mußte die Widerklage aber erledigt werden, da sie ein Bestandteil der Hauptklage ist." Weil also die Hauptklage bereits am 6. September vor dem Oberlandesgericht zur Entscheidung kommt, und unsere Widerklage notwendig dazu gehört, mußte sie vorher in der Vorinstanz erledigt sein. Das scheint der Herr Lokalredakteur des Volksblatts entweder nicht begriffen zu haben, oder es paßte ihm nicht in den Kram, wenn er uns wieder mal was am Zeuge flicken wollte.

Dann leistet er sich aber noch eine sehr bezeichnende weitere Anpöbelung. Er sagt, die Volksstimme sei eine „dilettantisch anmutende Zeitung" und es mangle ihr an einem guten „Schriftdeutsch". Beide Vorwürfe kann man ja ruhig bertragen, aber zu zeigen, wie selbstgefällig unser Kritiker über sich selbst urteilt. Wer den lokalen und provinziellen Teil des Volksblatts etwas kritisch verfolgt, wird finden, wie berechtigt das abfällige Urteil seines Redakteurs über andere ist. Und wenn der Herr anderen schlechtes Schriftdeutsch zum Vorwurf macht und zum Beweise dafür einen Satz zitiert, so zeigt das, für wie vorzüglich er sein eigenes Schriftdeutsch hält. Von Selbstkritik keine Spur. Wir empfehlen ihm, seinen Artikel in Nummer 201 des Volksblatts, auf den er so sehr stolz zu sein scheint, nochmals nachzulesen. Daraus einige Beispiele von „gutem Schriftdeutsch". Zum Beispiel: „. . . daß noch ein Gefühl innerer Scham vorhanden ist, aus dem heraus man sich sträubt . . ." Oder: „. . . Verdrehungskünste zerflattern an den harten Tatsachen ihrer Kriegspolitik, wie Seifenblasen im Winde". Fernet: „Daß sie das nicht sehen, . . . welch ungeheure Schuld sie als angebliche Sozialisten durch ihre Kriegspolitik auf sich laden." Auch noch weitere schöne Sätze könnten wir zitieren. Der Herr Lokalredakteur des Volksblatts stellt mit seinem mustergültigen Schriftdeutsch selbst Meister deutscher Schreibkunst, wie Goethe, Heine, Börne, aber Mehring, Renner und andere, völlig in den Schatten. Das beweist folgendes Satzungetüm, das nicht bloß sein gutes Schriftdeutsch, sondern auch seine besondere vornehme Art, zu polemisieren, offenbart:

„Noch ist es ja nicht ausgemacht, ob der sein ausgeklügelte Plan des Volksblattes gelingen wird; denn der Nachweis — auf den es ankommt —, daß nicht die Unabhängige, sondern die Scheidemann-Sozialdemokratie ihre Grundsätze, ihre Taktik und ihre Ziele geändert hat, dürfte wohl nicht allzu schwer zu erbringen sein; man kann dabei sogar die besondere Entwicklung der Moral Adolf Thieles ganz außer Betracht lassen, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß Th. den Beweis dafür antreten könnte, daß er moralisch immer derselbe geblieben ist . . ."

Damit soll es genug sein. Persönliche Polemiken sind zwar für manche Leute ein Bedürfnis, sie gehören aber nicht zu den Aufgaben der Presse. Beliebt jedoch ein Gegner ständig die Methode persönlicher Antempelung, muß mal gelegentlich etwas darauf geantwortet werden.

---

* **Die Fleischmenge.** Die Verbrauchsmenge an Schlachtvieh, Fleisch und Wurst, die in der Woche vom 2. bis 8. September bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf 200 Gramm festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtvieh, Fleisch oder Wurst bei den Fleischern, oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Volkskarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 200 Gramm Schlachtviehfleisch entnommen werden, während die übrigen (2 bezw. 1 Fleischmarke) lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

* **Die Zuschläge zu der Kriegsversorgung** der Witwen und Waisen der Unterlassen sind im städtischen Kriegsfürsorgeamt, Kl. Steinstraße 8, III. Zimmer 123, gegen Vorlage des Rentenbescheides über die festgesetzten Versorgungsgebührnisse und der Stammkartennummer abzuholen. (Näheres siehe Anzeige.)

* **Die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien, sowie die Süßigkeitsgewerbetreibenden** werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat September 1918 gültigen Zuckermarken, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben L—Z, am Montag, dem 2., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K—R, am Mittwoch, dem 4. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Donnerstag, dem 5. September 1918, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergesch., Zimmer 9, in Empfang zu nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Die Ausgabe der Zuckermarken und Sacharinbezugsscheine an Gastwirtschaften erfolgt später.

* **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften,** welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Montag, dem 2 und Dienstag, dem 3. September 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden losen Suppen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,** Salzgrafenstraße 1, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke unentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zu ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Die Fürsorgestelle übernimmt nicht die ärztliche Behandlung des Kranken, sondern sucht ihre Ziele vielmehr zu erreichen durch a) frühzeitige Ermittlung der Lungenkranken, b) ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, c) Aufklärung der Familien, d) Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige, e) Beseitigung der gefährlichsten Entstehungsherde (Trennung des Kranken, Entseuchung der Wohnung und Kleidung), f) Unterstützung der Angehörigen solcher Lungenkranker, die sich in Heilstätten befinden. Sprechstunden täglich 4—5 Uhr nachmittags.

* **Die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen** weist im Anzeigenteil auf die verschiedenen Abteilungen hin, welche im Oktober d. J. neu eingerichtet werden, bzw. mit einem neuen Lehrgang beginnen. In der Handelsschule hat es sich notwendig erwiesen, eine zweite Abteilung Höhere Handelsschule einzurichten. Der Höheren Handelsschule ist die staatliche Anerkennung erteilt worden, und der erfolgreiche Besuch derselben berechtigt somit zur Aufnahme in das Handelslehrerinnenseminar oder die Handelshochschule. Auch diesem zweiten Lehrgang der Höheren Handelsschule werden in der Gewerbeschule neu eingerichtet: 1. Ein Lehrgang zur Fortbildung in Schneiderei mit Anleitung zum Entwerfen und Ausführen von künstlerischem Kleiderschmuck (Stil- und Kostümkunde, Stofflehre). 2. Eine Beratungsstelle für das Einrichten und Anfertigen von Kunsthandarbeiten. Die letztere Abteilung soll dem Zweck dienen, Anleitung zum selbständigen Einrichten von künstlerischen Handarbeiten zu geben, sowie bei Auswahl von Stoff, Garn und Seide unter besonderer Berücksichtigung der Farbenwirkung beratend einzugreifen und beim Entwerfen und Anordnen von Mustern zu helfen. Es ist angenommen, daß die Inanspruchnahme dieser Beratungsstelle nur kundenweise erfolgt, so daß die Ausführung der Handarbeiten in der eigenen häuslichkeit vorgenommen wird und nur das Einrichten und Fertigmachen Gegenstand der Schulunterweisung bleibt.

Die schon seit längerer Zeit bestehende ½jährige Vorklasse für das Handarbeitslehrerinnenseminar soll vom Oktober d. J. an zur Jahresklasse erweitert werden. Außer einer umfassenderen praktischen Vorbereitung soll der Unterricht auch zur Einführung in Pädagogik, Psychologie, die einschlägige Literatur und zu sozialer Unterweisung dienen; ebenso sollen Kunstgeschichte, Stilkunde und geschmackbildender Unterricht zur Vertiefung und besseren Ausbildung der künftigen technischen Lehrerinnen eingetragen werden. Eintrittsbedingung: Schlußzeugnis des Lyzeums oder Mittelschule 1. Klasse.

Das im Oktober 1917 eingerichtete, gutbesuchte wissenschaftliche Vorseminar beendet im September den 1. Jahreskursus und nimmt für Oktober neue Schülerinnen auf. Schülerinnen, die aus irgend welchen Gründen das Schlußzeugnis des Lyzeums oder der Mittelschule nicht erlangten, wird der Stoff der wissenschaftlichen Hauptfächer der 1. Klasse der Mittelschule vermittelt, und sie werden befähigt, sich einer wissenschaftlichen Vorprüfung zu unterziehen, nach deren Bestehen sie Aufnahme in technische Seminare erlangen können. Die allgemeinbildenden Fächer wie Literatur, Deutsch, Rechnen, Französisch, Englisch, Erdkunde, Gesundheitslehre, Lebens- und Bürgerkunde leiten durch ihre Gliederung in Ober-, Mittel- und Unterstufe, besonders durch Teilung in ganz kleine Gruppen für Fremd-Sprachen eine sehr erfolgreiche Arbeit und ermöglichen den Schülerinnen schnelles Fortschreiten. In diese Abteilung werden Schülerinnen der verschiedenen Schulanstalten aufgenommen. Der Unterricht ist wahlfrei und kann in Verbindung mit gewerblichem Unterricht wie Handarbeit, Wäschenähen, Schneidern, Putz und Kunsthandarbeit genommen werden.

Besonders wird noch hingewiesen auf die monatlichen Abendsprechkurse für berufstätige Frauen und Mädchen. Bei Bedarf sollen auch derartige Ausbesser- und Wäschenähabteilungen eingerichtet werden. Nähere Auskunft — auch über die andern Abteilungen — wird in der Schule vormittags von 10—11 Uhr durch die Vorsteherin erteilt.

* **Zur Hübnerschen Betrugssache.** Bei den Ermittelungen in der Betrugssache gegen die Eisenbahnassistenten-Ehefrau Hübner ist zur Sprache gekommen, daß die Betrogenen bestrebt sind, bestraft zu werden, weil sie Sachen bestellt haben, die bezugsscheinpflichtig sind, und sich deshalb nicht bei der Polizei melden. Diese Leute befinden sich im Irrtum und werden nochmals ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zu melden.

* **Schaufensterdiebe.** In der vergangenen Nacht wurde in der Gr. Klausstraße eine Schaufensterscheibe zertrümmert und für etwa 300 M. Strümpfe gestohlen. Auch in der Sophienstraße wurden durch Einschlagen einer Schaufensterscheibe zwei Herrenhosen gestohlen. Ein Dieb drang gleichfalls in vergangener Nacht durch ein offenstehendes Fenster in eine im Erdgeschoß befindliche Wohnung am Graseweg und entwendete zwei Männeranzüge. Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange.

* **Vermißt** wird seit dem 19. 8. 1918 aus Dessau der dortselbst am 2. 11. 1903 geborene Tischlerlehrling Ernst Rosenthal. Er hat sich am genannten Tage aus der elterlichen Wohnung entfernt um sich angeblich nach seiner Lehrstelle in Salzfurth zu begeben, wo er aber nicht eingetroffen ist. Rosenthal ist etwa 1,50 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar und ist von schwächlicher Gestalt. Er trägt schwarzen Filzhut, braunen Anzug, braune Halbschuhe und hat einen grauen Rucksack bei sich. Es wird vermutet, daß er sich in der Umgebung von Halle aufhält und in irgend einem landwirtschaftlichen Betrieb Arbeit gefunden hat. Personen, die über den Aufenthalt des Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, dieses der Kriminalpolizei in Halle oder Dessau mitzuteilen.

* **Gestohlen wurden** am 26. 8. 1918 eine cremefarbene leinene Tischdecke, in der Mitte mit bunter Rosenmalerei, an den Ecken viereckige Blumenornamente mit Stickerei; am 28. 8. 1918 ein graugrüner Herrenregenmantel, am Kragen vorn lichtere Stellen durch Entfernung von daran gewesenen Spiegeln, im Aufbänger die Firma „Bettlage, Konfektionsgeschäft, Duisburg"; vom 22. bis 28. 8. 1918 ein schwarzer Smokinanzug ohne Hose; ein Anzug — Guttawan —, schwarzgrau meliert, die Hose mit schmalen, schwarzen und gestrichelten grauen Streifen; ein dunkelblauer Joppenanzug; ein beigefarbiger melierter Joppenanzug mit breitem Reverskragen; ein braunkarierter Ulster mit Monogramm „D. M.", aus gelber Seide auf schwarzem Grunde, sämtlich mit der Firma „Endepols u. Dunker, Halle"; eine gelbe Gummiweste mit braunem Futter; ein gelbgrauer Herren-Gummimantel mit der Firma „S. Weiß, Halle"; ein beigefarbiger Filzhut mit grünlichem Bande; eine schwarz- und graubreitgestreifte Hose, im Gesäß geflickt; eine schwarze Winterhose mit gekperten Streifen; ein schwarzer Frauentuchrock, ein schwarzer Frauen-Cheviotrock; eine schwarzleidene Bluse mit weißem Spitzenkragen; 10 Bettlücher, gez. „R. M." 1—15 im Kreuzstich; 18 halbleinene Bettücher, gez. rot und blau „R. M."; 4 Bettbezüge aus weißem Stangenleinen gez. „R. M." im Monogramm; 2 Damatbett- und 4 Kissenbezüge; Maiblumenmuster, ebenso gez.; ein weißer glatter Bett- und 3 Kissenbezüge, davon 2 mit Spitzenecken, gez. „R. M."; 3 bunte Bettbezüge, weiß mit rosa Blumen; 10 Paar Kissenbezüge; 2 große Damasttafeltücher, eins mit Hohlsaum, gez. weiß und rot „R. M."; 12 weiße Gerstenkornhandtücher, davon 6 gez. „M. R."; 12 weiße Damasthandtücher; 2 Dutzend weiße Damastservietten, gez. „A. E."; 6 weiße Servietten mit Hohlsaum. 12 kleine Kaffee-Damastservietten, gezeichnet „R. M."; 6 Damentaschentücher, gez. „A. M."; 6 Damenhemden, davon 4 mit Aermeln, gez. „E."; 3—4 weiße Unterkaffeln; ein Paar Damenhalbschuhe mit Gummizug; eine kleine Militär-Armbanduhr m. Leuchtziffernblatt und Lederriemen; eine versilb. Herren-Rem.-Uhr; 18 Bestecke in Alpakakaliber aus Messer, Gabeln und Löffel bestehend, 18 dazugehörige Kaffeelöffel; eine silb. Tortenschaufel; ein silb. Spargelheber; ein silb. Fleischgabel; 2 silb. Konfektgabel; 6 silb. Obstmesser; ein großer Reisekorb aus Weidengeflecht mit 2 geflochtenen Oesen und Schließstange, etwa 100×75×70 Zentimeter groß; ein großer Reisekoffer mit gelbbraunlackiertem Segeltuchbezug und Ledergriff; etwa 75×50×30 Zentimeter groß.

Aus der Provinz.

Weißenfels. Gemeindewählerliste. Die Liste der stimmfähigen Bürger der Stadt Weißenfels ist aufgestellt und in der Zeit vom 1. bis 15. September d. J. während der Dienststunden in unserem Stadtsekretariat — Rathaus, Zimmer Nr. 12 — zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt. Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsbildung zusammengetragenen Steuern beträgt 1 894 182 M. Der Durchschnittssatz beträgt 261 M. Nach der rechnerischen Feststellung der 3 Abteilungen beginnt die erste Abteilung mit einem Mindeststeuerbetrage von 5944 M., die zweite Abteilung mit einem solchen von 267 M., während die dritte Abteilung mit einem Durchschnittsbetrage von 266 M. als Höchststeuerbetrag endet.

Zeis. Anordnung, betreffend Anmeldung der zu Hausschlachtungen bestimmten Schweine. § 1. Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, die Zahl der in seinem Besitz befindlichen, zur Hausschlachtung bestimmten Schweine, deren Schlachtung in der Zeit vom 15. September 1918 bis zum 28. Febr. 1919 in Aussicht genommen ist, dem Kommunalverband (in Stadtkreisen dem Magistrat, in Landkreisen dem Kreisausschuß) bis

---

Ein Fehltritt.

30] Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fritz Ritzel (Mainz).

(Nachdruck verboten.)

Der Pfarrer hatte bei den Lobeserhebungen des Bauern eine sanfte abwehrende Handbewegung gemacht, jetzt unterbrach er den Sprecher:

„Ich verstehe Sie vollkommen, lieber Herr Lamprecht! Sie setzen voraus, daß es mir auf Grund meines Studiums gelüstig sein muß, Seelenvorgänge genauer wie der Nichtstudierte zu beurteilen! Daher rührt wohl kaum meine Fähigkeit, in vielen Fällen, wie Sie sagen, einen guten Rat geben zu können und vom Schicksal geknickte Herzen wieder aufzurichten! Das Studium schärft wohl den Geist, veredelt ihn aber nicht, und gibt, worauf es vor allem hier ankommt, keine Menschenkenntnis! Was mir dazu geholfen hat, in den weitaus meisten Fällen, in denen ich gerufen wurde oder von selbst kam, Vertrauen zu finden, das ist das volle Erfassen meiner Pflicht als Jünger des Herrn, die nicht nur gebietet, mit schönen Worten und Bibelsprüchen Trost zu spenden, sondern auch im Irrtum befangene Herzen, deren ganzer Frieden von diesem Irrtum vernichtet ist, über ihr Irren aufzuklären!"

Der Pfarrer schwieg eine Weile und fuhr dann, als er sah, daß Gottfried Lamprecht sich erregt emporrichtete, in ruhigem Tone fort:

„Sie sehen, daß ich sofort zu Ihrem Falle übergehe, lieber Freund! Gestatten Sie mir, ehe Sie erwidern, die mir gegebene Erlaubnis, in Ihre intimsten Familienverhältnisse einzudringen, zu benutzen und Ihnen die Sachlage klar zu legen! Ihre Frau Schwester hat mir von dem Fehltritt Ihrer Tochter Dortchen berichtet, den diese ja auch vor Gericht öffentlich eingestanden hat! Frau Reuter hat mir zu meinem tiefsten Leidwesen erzählt, daß Sie die Tochter infolge dieses Fehltritts verstoßen haben, daß Sie erklärt haben, kein Kind mehr zu besitzen, und daß Sie nicht dazu bewegt werden können, dem armen, sich im Schmerz um die verlorene Vaterliebe verzehrenden Kinde Verzeihung zu gewähren!

Lieber Herr Lamprecht — ich bin nicht gekommen, wie ich schon vorhin sagte, um mit schönen Worten und Zitaten aus der Bibel an eine Aenderung Ihrer Sinnesart zu mahnen, nein — ich trete als Mann dem verständigen Manne gegenüber und frage Sie: Ist noch niemals in früheren Jahren, als das Blut noch heiß durch die Adern rollte, die Versuchung Ihnen nahe getreten, gegen das, was wir menschliche Satzung nennen, zu sündigen? Wird der gewaltige Trieb der Natur nur deshalb nicht von den meisten Jünglingen und Jungfrauen niedergezwungen, weil die Gelegenheit zu seiner Betätigung fehlt — weil nach unseren Sitten und Gebräuchen ein strenges Auseinanderhalten der Geschlechter üblich ist — weil Eltern ihre Töchter sorgfältig bewahren— weil die Oeffentlichkeit denjenigen Schande anhetzt, die sich gegen das Gesetz der reinen Sitten vergehen? Ich bin gewiß der letzte, der gegen diesen Sittenkodex etwas einzuwenden hat — ich verachte den Wüstling ebenso wie die feile Dirne — aber, lieber Freund, ich beweine und beklage das arme Geschöpf, das in einer schwachen Stunde, in dem neben dem Hunger gewaltigsten Triebe, den wir kennen, künstlich erregt, der Verführung zum Opfer fällt! Sollen wir nicht liebevoll eine derartig Gefallene emporrichten, sie stützen, daß sie auf dem ferneren Lebenswege nicht mehr strauchelt, anstatt erbarmungslos Steine auf sie zu werfen, sie von uns zu stoßen, wie ein unreines Tier? Daß sie dem ihr von Gott gegebenen Triebe der Natur in einer Stunde folgte, in welcher ihre Leidenschaft von dem Verführer in einem Grade entfacht wurde, daß ihr die freie Bestimmung des Willens fehlte — so heißt es ja jetzt häufig in der Gerichtssprache — das war die Sünde Dortchens — nicht gesucht hat sie die Gelegenheit, ihren Fehltritt zu begehen — die Gelegenheit wurde ihr durch die Umstände und mit allen Listen aufgezwungen! Sollen wir da nicht Mitleid und Erbarmen haben, anstatt Verachtung? Ist es nicht eine gedankenlose Selbstüberhebung von einem jeden Mädchen, wenn sich dasselbe für reiner erachtet, als so ein unglückliches Menschenkind — wenn es glaubt, nur durch die eigene innere Kraft tugendhaft geblieben zu sein, während nur ein gütiges Schicksal es davor bewahrte, in Versuchung zu kommen? Und ist es nicht hart und grausam von dem gestrengen Vater, wenn er in jäh aufbrausendem Zorn nur an die Schändung des eigenen Namens denkt, ohne auch nur einen Augenblick das unendliche Leid zu erwägen, welches das Herz des eigenen Kindes erfüllt? Sie sehen, lieber Freund, ich spreche offen und ungeschminkt! Ueberlegen Sie in Ruhe, was ich Ihnen vorstellte — Ihr eigenes Herz wird Ihnen dann den rechten Weg zeigen!"

Bald rot, bald blaß werdend hatte Gottfried Lamprecht den Worten des wackeren Pfarrers gelauscht. Jetzt erhob er sich wieder von seinem Sitze, ging mit wuchtigen Schritten mehrmals die Stube auf und ab und blieb dann vor dem Stuhle seines Besuchers stehen.

„Herr Pfarrer," begann er mit bedeckter Stimme, „was Sie mir do gesagt habe, is alles ganz schön, un gewiß maane Sies gut! Aber, Herr Pfarrer, nemme Sie mirs nit übel — Sie rede wie der Blinde von der Farb! Sie sehe unser Unglück mit fremde Aage an — Sie fühle nit selbst mit, wies aam (einem) zumut is, wenn mer des, woran aam im Lebe des Herz am meiste hängt, uff amol verliert — uff amol aus freiem Wille verliere muß, will mer noch e klaa bißaye Respekt vor sich selbst habe! Was Sie do gesagt habe, daß e Mädche sich unner Umständ vergesse kann, des is mir zu neimodisch — des will in mein alte Kopp nit mehr hinein! Denn wo, Herr Pfarrer, is do die Grenz zu ziehe, wie weit sich e Mädche mit eme Borsch einlosse darf? Wo is der Anfang un des End von der „freie Willensbestimmung" — so hebe Sie jo, wenn mirs recht is, gesagt? — E jed hätte dann e Hintertürche, for sich herauszurede, un der Liederlichkeit wär Tür un Tor geöffnet! Naa, Herr Pfarrer, ich gehör noch zu de Alte! Als echt Naſſauer Bauer denk ich, wie mein Vatter, mein Großvatter un wie all die, wo vor mir do warn, gedacht habe: des höchste Gut for e Mädche is sei Ehr! Werfts die eweg, dann gibts kaa Gemeinschaft mehr mit ihr! Möge se in der Stadt un in de jogenannte gebildete Kreise anwerfe denke — möge se die Kinner schun in der Schul, wie sies neune, sexuell aufkläre — möge sie um jed Schand von eme Mädche e Mäntelche hänge, daß mer kaa Fleckelche mehr sieht — wir Bauern in unsere Berg sein noch vom alte Schlag — was neimodisch is oder modern, des wisse wir nit und wolles nit wisse — bei uns haaßts noch wie in der Bibel: Wenn dich dei Aag oder dei Hand ärgert, dann werf sie von dir!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180902-14/fragment/page=0003

zum 15. September 1918 anzuzeigen. Wer nach dem 15. September 1918 Schweine zur Selbstversorgung einstellt, hat hierüber sofort, spätestens aber drei Monate vor der Schlachtung dem Kommunalverband Anzeige zu erstatten. Die Kommunalverbände sind berechtigt, für die Anzeigen besondere Vordrucke vorzuschreiben.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden auf Grund des § 17 der Bekanntmachung über Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. Sept. 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607) und des § 15 der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) bestraft. § 3. Die vorstehende Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß diese Meldung sich erübrigt für die Schweine, die bereits für unsere Hausschlachtungslisten angemeldet sind.

— **Einmachezuckermarken über 1100 Gramm.** Nachdem die Einmachezuckermarken zu 1100 Gramm nunmehr drei Monate im Umlauf sind, wird angenommen, daß sämtliche Versorgungsberechtigte die ihnen zustehenden Marken erhalten und eingelöst haben. Dieselben werden demgemäß für die ganze Provinz Sachsen mit dem 10. September 1918 außer Kraft gesetzt. Die 1100-Gramm-Marken müssen also vom Kleinhändler bis zum 13. September (3. Tag nach Ablauf der Gültigkeit) bei seinen Lieferanten eingereicht sein.

Eisleben. Schwer verunglückt. In das Hainstedter Krankenhaus wurde die Hilfsschaffnerin Lina Adler von hier überführt. Sie wollte auf einen abfahrenden Güterzug aufspringen, um ihn als Hilfsbremserin zu begleiten. Durch einen Fehltritt kam sie zu Fall, und zwar so unglücklich, daß ihr beide Beine abgefahren wurden.

Lebensmittel. 50 Gramm Butter auf Marke 69 in den bekannten Geschäften; ½ Pfund Quark auf Marke 63 für Ausweis Nr. 5331 bis 5450 in der Milchverkaufsstelle Judenhof; ½ Pfund Kindergerstenmehl auf Marke 11 gelb der Zusatzkarte für Kinder im Alter bis zu zwei Jahren in den Geschäften Nordd. Schokoladenhaus, Kaisers Kaffeegeschäft, Hermann Mah. Voranmeldung für Butter auf Marke Nr. 70. Kartoffeln. Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen reichlicher eingegangenen Kartoffeln ermächtigt der Magistrat die Kartoffel-Verkaufsstellen, auf die Vier-Pfund-Kartoffelmarke der nächsten Woche (graugelb, ohne Strich) vier Pfund Kartoffeln abzugeben. Die Hälfte dieser Kartoffelmenge zählt jedoch für die nächste Woche, womit die Haushaltungen von vornherein rechnen wollen. Voraussichtlich können in einigen Tagen für nächste Woche weitere sechs Pfund Kartoffeln verteilt werden.

Thondorf (Kr. Mansfeld). Erfolgreiche Hausfuchung. Hier nahm die Polizeibehörde bei dem Bergmann Fr. eine Haussuchung vor. Dabei wurden laut Hettstedter Zeitung nicht weniger als 12 Zentner Weizen, 1½ Zentner Erbsen, 1½ Zentner Hafer, 1½ Zentner Roggen, 400 Gramm Rotkohl- und 300 Gramm Weißkohlsamen, außerdem eine ganze Fuhre Weizenstroh polizeilich beschlagnahmt.

Heringen. Schlimme Erfahrungen mit seiner Wirtschafterin mußte ein hiesiger Landwirt machen, die er Anfang dieses Monats durch Vermittlung einer Bekannten eingestellt hatte. Als er eines Tages auswärts zu tun hatte, benutzte sie die Gelegenheit, Lebensmittel, Kleidungsstücke und Wäsche zusammenzupacken und zu verschwinden. Bei ihrer Festnahme konnte ihr ein Teil der Beute wieder abgenommen werden. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine vielfach, auch schon wegen Mordversuches an ihrem Manne vorbestrafte Frau Karoline Rauschauer handelte, die erst kurz zuvor aus einer Strafanstalt entlassen war. Sie hatte sich Mittwoch vor der Strafkammer in Nordhausen wegen Rückfallsdiebstahls zu verantworten und wurde unter Versagung mildernder Umstände zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Ulrich. Einer Geheimschlächterei ist man hier auf die Spur gekommen. Das Fleisch wurde von einem hiesigen Handelsmann per Droschke in ein Sülzhayner Sanatorium befördert. Um die Sache unauffällig zu machen, geschah die Beförderung des Fleisches in einer mit Kurgästen besetzten Droschke. So wurden letzthin 2½ Zentner auf diese Weise nach Sülzhayn geschafft.

Bockwitz. Bewegung der Bergarbeiter. Am Sonntag, den 25. August, tagte im Waldhaus Gasthof in Bockwitz eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung der Braunkohlenwerke von Bockwitz und Umgebung. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Scheffel-Berlin, referierte über die Lohnfrage und die Lebensmittelversorgung. Die Versammlung gab ihr Einverständnis mit den Ausführungen durch lebhaften Beifall kund. In der Diskussion wurde lebhaft über die Schlechte Versorgung mit Lebensmitteln aller Art geklagt. Zwei Redner berichteten über die Verhandlung einer aus drei Arbeitern und drei Angestellten bestehenden Kommission, die mit dem Landrat des Kreises Liebenwerda über die Lebensmittelversorgung stattgefunden hat. Der Landrat erklärte sich außerstande, etwas tun zu können, und verwies auf den Kreisausschuß und an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen. Ein Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten bezeichnete das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten der Beamten, Angestellten und Arbeiter in dieser Frage unter dem Beifall der Versammlung als eine Notwendigkeit und ermahnte zum Beitritt und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Wille der Versammlung kam durch einstimmige Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: „Die am Sonntag, den 25. August 1918, im Gasthof Waldau in Bockwitz tagende allgemeine Belegschaftsversammlung beauftragt die Lebensmittel-Ausschüsse, unverzüglich bei dem Herrn Landrat vorstellig zu werden und für eine bessere Belieferung von Lebensmitteln zu sorgen. Die Belegschaftsversammlung hält es für unbedingt erforderlich, daß ein besonderer Versorgungskreis für die hiesigen Industriegebiete gebildet wird. Die bisherige, höchst unzureichende Belieferung ist unhaltbar und muß notwendigerweise zu einem Zusammenbruch der Arbeitskraft führen."

Nachdem wurde die Lohnfrage diskutiert. Die Abschrift einer Lohneingabe der Verbände kam zur Verlesung, außerdem nahm die Versammlung einen Bericht entgegen über eine Verhandlung, die am 21. August in Senftenberg zwischen den Organisationsvertretern und dem Oberbergamt Halle stattgefunden hat. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß die jetzige Entlohnung den Zeitverhältnissen keineswegs entspricht und auf ein weiteres Entgegenkommen der Werke gerechnet wird. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die gut verlaufene Belegschaftsversammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Hopfgarten b. Weimar. Ueberfall. Auf den Stationsbeamten in Hopfgarten wurde Mittwoch früh gegen 4 Uhr von drei jungen Burschen ein Ueberfall ausgeführt. Der Beamte wurde zu Boden geworfen, doch vermochte er sich wieder aufzuraffen. Als auf seinen Hilferuf ein anderer Bahnbeamter herbeieilte, ergriffen die Burschen die Flucht. Nachmittags kam der zur Hilfe Herbeigeeilte Bahnbeamte in die Stadt und erkannte einen der drei Uebeltäter. Dadurch gelang es, diesen und einen anderen der Uebeltäter festzunehmen. Es sind der Arbeiter Johann M. aus Blankenhain und der desertierte Soldat Friedrich St. aus Aschaffenburg. Dieser wurde der Militärbehörde übergeben, jener dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Einer gibt an, sie hätten sich Zigaretten wollen, weil der Stationsbeamte sie nachts aus dem Wartezimmer am Bahnhof ausgewiesen habe. Der andere gab zu, daß sie die Absicht hatten, die Stationskasse zu plündern. Der dritte ist flüchtig.

Dornburf (Rhön). Trauriger Zufall. An der Lengsfelder Straße wurde von einem Zuge der Feldbahn dem zweijährigen Töchterchen des Kutschers Sirenst der Kopf abgefahren. Die Mutter war mit Waschen beschäftigt und hatte, damit das Kind nicht auf die Straße gelangen konnte, den direkt am Bahnkörper gelegenen Eingang mit einem Bindfaden zugebunden. Ein Vorübergehender löste den Bindfaden in der Annahme, das am Gitter stehende Kind wolle heraus. Durch die nun offene Tür lief das ahnungslose Mädchen direkt in den Zug hinein. Eingelne Kopfteile wurden von der verzweifelten Mutter noch von den Schienen aufgelesen. Der Vater des Kindes steht im Felde.

Cassel. Das leidige Spiel mit der Schußwaffe. Wegen fahrlässiger Tötung war der 16 Jahre alte Weißbinderlehrling Traube aus Wickenrode angeklagt. Er war mit seinem gleichaltrigen Freund, dem Lehrling Möller, auf Zeche Faalbach bei Großalmerode beschäftigt, ein Zimmer zu streichen. Traube nahm nun ein Jagdgewehr, das einem Jagdpoften gehörte und in dem Zimmer an der Wand hing und legte in dem Glauben, daß die Waffe nicht geladen sei, auf seinen Freund Möller an. Der Schuß entlud sich und Möller wurde in den Kopf getroffen. Er war sofort tot. Der Gerichtshof ließ bei der großen Jugend und bisherigen guten Führung des Angeklagten, der große Reue zeigte, Milde walten und erkannte nur auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 2. September 1918.

Stadt-Theater. Heute Montag wird „König für einen Tag" gegeben.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Quark. Dienstag, auf Abschnitt 12 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den folgenden Stellen: Brockhaus, Ludwigstraße 26, Krebs, Lerchenfeld Straße 22, Mötzel, Kellnerstraße 8. Jedes Kind von 6—12 Jahren ½ Pfund für 37 Pfennig. Zugelassen Nr. 11 001—15 000 der neuen Lebensmittelscheine.

Zwieback. Dienstag, vormittag 8—12 Uhr: Nr. 12 001—19500, nachmittag 2—6 Uhr: Nr. 19501—27 000. Jede Person ein Paket für 40 Pf. in der Talamtschule auf Abschnitt H der besonderen Warenbezugskarte für ältere Leute von 70 Jahren, auf Abschnitt G der besonderen Warenbezugskarte für Jugendliche von 12—17 Jahren und Abschnitt J der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis 12 Jahren.

Bekanntmachung.

Anmeldung von Kriegsgefangenen!

Diejenigen Betriebe, Unternehmer und Handwerksmeister, welche Kriegsgefangene beschäftigen, werden hiermit aufgefordert, dem Stellvertretenden Generalkommando, Abt. II, binnen 2 Tagen die Zahl der bei ihnen arbeitenden Gefangenen sowie der Wachtmannschaften anzuzeigen.

Die Meldung muß in der letzten Woche jedes Monats erfolgen.

Halle, den 31. August 1918. **Der Magistrat.**

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung S. 195) wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halle folgendes verordnet:

§ 1.

Das Befahren der Peißnitzbrücke (Verbindungsbrücke zwischen der Ziegelwiese und der Peißnitz) mit Lasten von mehr als 1000 kg (20 Ztr.) Gesamtgewicht und das Kreuzen zweier Wagen auf der Brücke ist bis auf weiteres verboten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. — dreißig Mark —, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die den gleichen Gegenstand betreffende Polizeiverordnung vom 17. August 1910 tritt an demselben Tage bis auf weiteres außer Kraft.

Halle, den 16. Juli 1918. **Die Polizeiverwaltung.**
Rive.

Bekanntmachung.

Wiederholte Vorkommnisse aus neuerer Zeit haben gezeigt, daß die im Reichswirtschaftsamte zusammengestellten „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" noch nicht die ihrer Bedeutung entsprechende Verbreitung in den beteiligten Kreisen gefunden haben, ja vielfach überhaupt noch nicht bekannt sind.

Ich ersuche daher ergebenst, bei den Mitgliedern Ihres Verbandes auf die „Nachrichten" hinzuweisen. Es liegt dies umsomehr im Interesse der Beteiligten selbst, als die aufmerksame und fortlaufende Verfolgung der wirtschaftlichen Vorgänge im Ausland, insbesondere auch als Rüstung für die Zeit nach dem Kriege, für die Interessenten von besonderem Werte sein wird. Gerade im Hinblick auf die Erschwerungen, die unserem Absatz nach dem Ausland in der Zeit nach dem Kriegsende bevorstehen, haben die „Nachrichten", die auf Grund der Meldungen der Kaiserlichen Vertretungen im Ausland, der Handels- und landwirtschaftlichen Sachverständigen, sowie unter Benutzung einer großen Zahl ausländischer Zeitungen und Zeitschriften über wesentliche Vorkommnisse auf dem Gebiete von Handel, Industrie und Landwirtschaft berichten, neuerdings eine wesentliche Ausgestaltung erfahren.

Die Nachrichten erscheinen bis zu sechsmal in der Woche in einem Umfang von durchschnittlich 12 Seiten für jede Nummer. Den Bezug der „Nachrichten" vermitteln die Kaiserlichen Postanstalten. Der Bezugspreis beträgt 2.50 M. halbjährlich.

Berlin, den 17. Juli 1918.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts.
gez. Frhr. von Stein.

Vorstehender Erlaß wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 31. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung über Höchstpreise für Fleisch- u. Fleischwaren.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 25. September / 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

Der Preis für das Pfund Ware darf nicht übersteigen für:

	M.
I. **Rindfleisch**	
Rindfleisch	2.30
Rindfleisch ohne Knochen oder Knochenbeilage	2.60
Gehacktes	2.50
Knochen	0.30
II. **Schweinefleisch**	
a) **frisches Fleisch.**	
Fleisch mit Knochen	1.80
b) **verarbeitetes Fleisch.**	
Geräucherter Speck	2.60
Pökelfleisch	2.—
c) **Wurstwaren.**	
Frische Blut- und Leberwurst	2.30
Geräucherte Blut- und Leberwurst	2.40
Mock- und Jagdwurst	3.10
Sülzwurst (Schwartenwurst)	2.30
III. **Kalbfleisch**	1.90
Schnitzel	2.50
IV. **Hammelfleisch**	2.60

§ 2.

Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. 8. 14 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. 12. 14 (R.-G.-Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. 1. 15 und 23. 3. 16.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 6 dieses Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft, auch kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem 2. September 1918 in Wirksamkeit.

Halle, den 30. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Handels- und Gewerbeschule für Mädchen.

Halle, Klosterstraße 9.

Im Oktober dieses Jahres werden neu eingerichtet:
ein zweiter Lehrgang „Höhere Handelsschule". Dauer 1 Jahr;
je ein Lehrgang „Oeffentliche Handelsschule" mit einer und mit zwei Fremdsprachen, Dauer 1 Jahr.

Die **Allgemeinbildenden Fächer** nehmen für alle Unterrichtsfächer Schülerinnen auf; desgleichen die **Gewerbeschule:** a) Handarbeit, b) Maschinen- und Wäschenähen, c) Schneidern, d) Kunsthandarbeiten, e) Zeichnen, f) Putzmachen.

Im Oktober beginnen ferner alle **Vorseminare:**
a) für das **Handarbeitslehrerinnenseminar.** Dauer 1 Jahr.
b) für das **Turnlehrerinnenseminar.** Dauer ¼ Jahr.
c) Vorbereitung für eine **wissenschaftliche Reifeprüfung** zum Eintritt in ein **technisches Lehrerinnenseminar.** Dauer 1 Jahr.

An Stelle des vom Herrn Minister vorübergehend aufgehobenen Lehrganges zur Ausbildung von Handarbeitslehrinnen werden im Oktober d. J. **einmalige** Lehrgänge zur Vorbereitung für das Handarbeitslehrerinnenseminar eingerichtet. (Siehe Vorseminar a.).

Fortbildungslehrgang für Handarbeitslehrerinnen.
Als neue Einrichtungen kommen hinzu:
a) **Fortbildungsunterricht** für Schneiderei.
b) **Beratungsstelle** für das Einrichten und Anfertigen von **Kunsthandarbeiten.**

Nähere Auskunft — auch über die anderen Abteilungen — wird in der Schule vormittags von 10—11 Uhr durch die Vorsteherin erteilt.

Halle, den 28. August 1918.

4198] **Der Magistrat.**

In den amtlichen Zeitungen und in **ortsüblicher Weise** ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. M. 122/8. 18. KRA. vom 1. September 1918 zu der Bekanntmachung Nr. M. 1/4. 15. KRA. vom 30. April 1915, betreffend Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen, veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. September 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps.
Sontag,
Generalleutnant.

1497]

Einladung an alle erwerbenden Frauen und Mädchen
zum 10jährigen **Stiftungsfest des Gew. Vereins erwerbender Frauen und Mädchen** am Mittwoch, 4. Septbr., 8 Uhr im Mozart-Saal, Weidenplan 20.
Programme 30 Pf., berechtigen zum Eintritt.
Vorspruch. Drei kleine Lustspiele: **Das Gespenst, Mädchenstreiche, Der möblierte Herr.**
Lieder zur Laute. — Kaffee-Pause. [1499

Hallescher Hausfrauenbund.
e. V.
[1500

Berichtigung: Die Anmeldungszeiten für den **Schuhkursus** sind folgende: Geschäftsstelle Große Steinstraße 16 I: 10—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags; Rathausstraße 17 I: 10—12 Uhr vormittags.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in **ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzelne Möbel, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen u. Matratzen, Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.**
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Bad Wittekind.
Dienstag, 3. September nachmittags 3½ Uhr
Kur-Konzert
Eintrittspreise: Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.
Mittwoch, 4. September abends 8 Uhr:
Abendkonzert
Solistin: Konzertsängerin **Luise Naundorf.**

Stadt-Theater
Dienstag, 3. September
Anfang 6 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Faust
von Goethe.
Mittwoch: **Freischütz,** Donnerstag: **Undine,** Freitag: **Faust,** Sonnabend: **König für einen Tag.**

Der **Wahre Jacob**
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27